

Inhaltsverzeichnis.....	VI
Abkürzungsverzeichnis.....	XV
Problemstellung.....	1

Erstes Kapitel:
Methodische Grundlagen zur Auslegung des handels- und steuerbilanzrechtlichen Vermögensbegriffs

I. Einheitliche Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung in Handels- und Steuerbilanzrecht	6
1. Rechnungslegungszwecke im System handelsrechtlicher GoB.....	6
a) Systemcharakter der handelsrechtlichen GoB.....	6
b) Ausschüttungsbemessung und Informationsvermittlung	8
aa) Gläubigerschutzgeprägte Gewinnanspruchs-GoB	8
bb) Informations-GoB und Abkopplungsthese.....	9
c) Schuldendeckungskontrolle als gläubigerschutzbedingter Rechnungslegungszweck	11
2. Gewinnbegriff in Handels- und Steuerbilanz.....	13
a) Maßgeblichkeit handelsrechtlicher GoB für die steuerliche Gewinnermittlung.....	13
aa) Grundsätzliche Bilanzzweckidentität	13
aaa) Fiskus als stiller Teilhaber.....	13
bbb) Realisationsprinzip und Imparitätsprinzip in Handels- und Steuerbilanz.	17
ccc) Objektivierungsbestrebung als verbindendes Element	19
bb) Einkommensteuerliche „Sachgesetzlichkeiten“ bei der phasenkongruenten Dividendenverneinung	20
cc) Zur Problematik handels- und steuerbilanzrechtlicher Wahlrechte	22
aaa) Handelsrechtliche Wahlrechte und Besteuerung der Leistungsfähigkeit	22
bbb) Grundsätzliche Übereinstimmung von Teilwert und beizulegendem Wert.....	23
b) Auslegung handelsrechtlicher GoB durch die höchstrichterliche Rechtsprechung	27
aa) Rechtsnormcharakter handelsrechtlicher GoB und das Maßgeblichkeitsprinzip.....	27
bb) Die Rolle der Kaufmannsübung und berufsständischer Verlautbarungen im Lichte des Rechtsnormcharakters handelsrechtlicher GoB	28
cc) Internationale Rechnungslegungsstandards als Erkenntnisquelle des Rechtsvergleichs	29
aaa) Eingeschränkte normative Reichweite als Folge der Zweckdivergenz	29

bbb)	Systematische Würdigung der Eignung der IFRS als Erkenntnisquelle anhand von Fallgruppen.....	30
dd)	Auslegung handelsrechtlicher GoB im Rahmen der Vorfragenkompetenz des Bundesfinanzhofs.....	31
ee)	Bedeutung steuerlicher Spezialgesetze und Schreiben der Finanzverwaltung für die Auslegung handelsrechtlicher GoB	32
aaa)	Systematische Überlegungen zur Rechtsfigur des anschaffungsnahen Herstellungsaufwands.....	32
bbb)	Bedeutung der Leasingerlasse für die handelsrechtliche Vermögenszurechnung.....	35
ff)	Bedeutung der Rechtsprechung des EuGH für die Auslegung handelsrechtlicher GoB	36

II. Grundsatz der inhaltlichen Übereinstimmung des handelsrechtlichen Vermögensgegenstands mit dem steuerrechtlichen Wirtschaftsgut..... 38

1.	Reichweite des Maßgeblichkeitsprinzips bei der Auslegung des Vermögensbegriffs in der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs.....	38
a)	Systematisierung der BFH-Rechtsprechung und Implikationen für die GoB-konforme Auslegung des Vermögensbegriffs.....	38
aa)	Entscheidungen des Bundesfinanzhofs bei Vorliegen einer steuerlichen Spezialnorm am Beispiel des anschaffungsnahen Herstellungsaufwands	38
bb)	Entscheidungen des Bundesfinanzhofs bei Vorliegen korrespondierender handels- und steuerrechtlicher Normen am Beispiel aktiver Rechnungsabgrenzungsposten	39
cc)	Entscheidungen des Bundesfinanzhofs unter Rückgriff auf handelsrechtliche GoB	41
aaa)	Anschaffungs- und Herstellungskostenbegriff.....	41
bbb)	Einheitlicher Nutzungs- und Funktionszusammenhang.....	42
b)	Systematische Maßgeblichkeit der Vermögenszurechnung nach handelsrechtlichen GoB für die Steuerbilanz.....	45
c)	Zur GoB-Konformität faktischer Rückwirkungen der Steuerbilanz auf die Handelsbilanz	47
2.	Inhaltliche Übereinstimmung von Vermögensgegenstand und Wirtschaftsgut49	
a)	Inhaltliche Übereinstimmung als Konsequenz des einheitlichen Gewinnbegriffs.....	49
aa)	Der Vermögensgegenstandsbegriff in der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs	49
bb)	Einkommensteuerrechtliche „Sachgesetzlichkeiten“ und die Auslegung des Vermögensgegenstandsbegriffs.....	50
b)	Konsistenz der Übereinstimmung mit der primären Ausschüttungsbemessungsfunktion	52
aa)	Einheitlicher Gewinnbegriff als Folge der Teilhaberthese	52
bb)	Schuldendeckungskontrolle als nachgelagerter Bilanzzweck bei der Ermittlung des bilanzrechtlichen Fortführungsvermögens	53

III.	Vermögensbegriff im Spannungsfeld zwischen wirtschaftlicher Betrachtungsweise und Objektivierungserfordernissen	56
1.	Konkurrenz der wirtschaftlichen Betrachtungsweise und der Objektivierungsnotwendigkeit auf der Aktivseite der Bilanz	56
a)	Die wirtschaftliche Betrachtungsweise als teleologische Auslegungsmethode	56
b)	Objektivierungserfordernisse als Ausfluss notwendiger Rechtssicherheit	58
aa)	Intersubjektive Nachprüfbarkeit von Wertungen	58
bb)	Vergegenständlichung als materielle Ausprägung des Objektivierungsprinzips	59
2.	Verhältnis von Substanz und Form bei der systemkonformen Vermögenszurechnung	60
a)	Objektivierungserfordernis durch das Zivilrecht zugunsten bilanzieller Schutzzwecke	60
b)	Vorherigkeit des Zivilrechts und Interdependenzen von Form und Substanz	62

Zweites Kapitel:

Der Vermögensbegriff im deutschen Bilanzrecht

I.	Deduktion der Grundsätze des bilanzrechtlichen Vermögensgegenstandsbegriffs.....	64
1.	Grundsatz der Bilanzierung wirtschaftlicher Vermögensvorteile	64
a)	Vermögensermittlung in wirtschaftlicher Betrachtungsweise	64
b)	Prospektiver Vermögensbegriff in der statischen Bilanz	68
c)	Konkretisierungen des Vermögenswertprinzips	70
aa)	Unternehmensspezifischer Nutzen	70
bb)	Prinzip des fiktiven Erwerbs	70
aaa)	Funktion des Erwerberfiktionsprinzips	70
bbb)	Konkretisierung in der jüngeren Rechtsprechung	72
cc)	Längerfristiger Nutzen als nicht notwendige Konkretisierung	73
aaa)	Das Prinzip des längerfristigen Nutzens in der Rechtsprechung	73
bbb)	Vorübergehende Rechtspositionen als potenzielle Vermögensvorteile	75
2.	Grundsatz der Bilanzierung greifbarer Vermögenswerte	76
a)	Funktion und Grenzen des Kriteriums der Greifbarkeit	76
aa)	Vergegenständlichung und Trennbarkeit vom Geschäfts- oder Firmenwert	76
bb)	Einordnung der Greifbarkeitskonzeption in das System handelsrechtlicher GoB	77
aaa)	Passivische Greifbarkeitskonzeption	77
bbb)	Bedeutung der Fortführungsannahme für den Bilanzansatz	77
b)	Konkretisierung des Greifbarkeitsprinzips	80

aa)	Unmaßgeblichkeit der Einzelveräußerbarkeit und Einzelvollstreckbarkeit.....	80
bb)	Bedeutung der Einzelverwertbarkeit.....	83
aaa)	Funktion als hinreichender Objektivierungsmaßstab ..	83
bbb)	Grenzen der Konkretisierung	84
ccc)	Einzelverwertbarkeit im Lichte des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes.....	85
cc)	Angemessenheit einer an der Übertragbarkeit orientierten Greifbarkeitskonzeption und Praktikabilitätsabwägungen	86
aaa)	Bilanzzweckkonformität	86
bbb)	Überwindung der im Schrifttum vorherrschenden kasuistischen Lösungsansätze	87
dd)	Übertragbarkeit als notwendige Konkretisierung	88
aaa)	Belieferungsrechte und Wettbewerbsverbote als Beispiele für eine enge Orientierung an den zugrundeliegenden rechtlichen Ansprüchen und Pflichten	88
bbb)	Domain-Namen und Lizenzspielerrechte als Beispiele für eine eng gefasste wirtschaftliche Betrachtungsweise.....	90
ccc)	Einseitig eingeräumte günstige Kaufoption als Beispiel für eine Betonung der wirtschaftlichen Betrachtungsweise.....	92
ddd)	Vertragsarztzulassung als Beispiel für eine wohlverstandene weite Auslegung der wirtschaftlichen Betrachtungsweise.....	94
c)	Nichtaktivierung höchstpersönlicher oder im Allgemeingebrauch stehender Vorteile	100
aa)	Konkretisierung des Übertragbarkeitsprinzips.....	100
bb)	Konzessionen als Beispiel für die Auslegung des Kriteriums in wirtschaftlicher Betrachtungsweise.....	101
cc)	Namensrechte natürlicher Personen als Beispiel für Grenzen der Auslegung des Kriteriums in wirtschaftlicher Betrachtungsweise.....	102
aaa)	Unauflöslich an die Person des Trägers gebundene Rechte.....	102
bbb)	Kommerzialisierbarer Teil eines Namensrechts	104
dd)	Sendelizenzen als Beispiel für eine enge Auslegung des Kriteriums in der jüngeren Rechtsprechung der Finanzgerichte	106
d)	Unentziehbarkeit als Ausprägung des Objektivierungsprinzips	110
3.	Grundsatz der Bilanzierung selbstständig bewertbarer Vermögenswerte.....	111
a)	Das Kriterium der selbstständigen Bewertbarkeit als Folge des Einzelbewertungsprinzips	111
b)	Bedeutung der selbstständigen Bewertbarkeit als Vermögensgegenstandskriterium	114
aa)	Abgrenzung vom Greifbarkeitsprinzip.....	114
bb)	Verständnis der selbstständigen Bewertbarkeit im Gesetzesentwurf der Bundesregierung zum Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz	115

c)	Konkretisierungen des Prinzips der selbstständigen Bewertbarkeit ..	119
aa)	Hinreichende Konkretisierung bei Vorliegen einer „griffweisen Schätzung“	119
bb)	Entscheidung zur Ackerprämienberechtigung als Beispiel eines eng gefassten Verständnisses der selbstständigen Bewertbarkeit	120
cc)	Entscheidung zur Vertragsarztzulassung bei Vorliegen eines gesonderten Veräußerungsvorgangs als Beispiel für ein weit gefasstes Verständnis der selbstständigen Bewertbarkeit	122
dd)	Beispiele für die Problematik der Abgrenzung von bloßen Nutzungsmöglichkeiten in der jüngeren Rechtsprechung	123

II. Kritische Würdigung ausgewählter Aspekte der Reichweite des Vermögensgegenstandsbegriffs..... 125

1.	Reichweite der Bilanzierung immaterielle Vermögensgegenstände im Spannungsfeld zwischen wirtschaftlicher Betrachtungsweise und Objektivierungsnotwendigkeit	125
a)	Abgrenzung der Forschungs- und Entwicklungsphase	125
aa)	Konkretisierungen in der informationsorientierten Rechnungslegung	125
aaa)	Konkretisierende Unterkriterien	125
bbb)	Ermessensspielräume	127
bb)	Objektivierungsbedingte Konkretisierung der Phasentrennung	130
aaa)	Sequenzielle Entwicklungsprozesse	130
bbb)	Iterative Entwicklungsprozesse	131
b)	Bedeutung des Vorsichtsprinzips bei der Aktivierung immaterieller Vermögensgegenstände	134
aa)	Entwicklungsaufwendungen und Eventualvermögensgegenstände nach dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz	134
aaa)	Eventualvermögensgegenstände und Funktion der Ausschüttungssperre	134
bbb)	Zur Objektivierungsfunktion des Aktivierungsverbots des § 248 Abs. 2 HGB	135
bb)	Nachaktivierung	136
aaa)	Zwischenabschlüsse und Informationsfunktion	136
bbb)	Systematische Bedeutung der Phasentrennung im Lichte des Vorsichtsprinzips	137
2.	Reichweite des Herstellungszeitraums unter besonderer Berücksichtigung des Beginns der Herstellung	138
a)	Beginn der Herstellung als zentrale Problemstellung	138
aa)	Abgrenzung zwischen dem Ende der Anschaffung und dem Beginn der Herstellung	138
bb)	Konkretisierung des Beginns der Herstellung durch das Kriterium der Teilidentität	138
aaa)	Das Redaktionskostenurteil als Beispiel einer objektivierungsgeprägten Konkretisierung	138

bbb)	Die Rechtsprechung zu Nachmesserunterlagen als Beispiel für eine Anwendung des Kriteriums der Teilidentität auf Dienstleistungen	140
cc)	Besonderheiten grundstücksbezogener Aufwendungen.....	140
aaa)	Grenzen des Kriteriums der Teilidentität	140
bbb)	Planungskosten als Beispiel der Besonderheiten grundstücksbezogener Herstellungsvorgänge	142
ccc)	Aktivierung von Gebäudeabbruchkosten als Beispiel einer wirtschaftlichen Betrachtungsweise	148
b)	Ende der Herstellung	150
aa)	Erreichen des Verwendungszwecks als entscheidendes Abgrenzungsmerkmal	150
aaa)	Reifungsprozesse als Beispiel für eine wirtschaftliche Betrachtungsweise.....	150
bbb)	Rennpferde als Beispiel für eine notwendige Objektivierung.....	150
bb)	Abgrenzung zum Vertriebsprozess als Folge des Objektivierungsprinzips	151
aaa)	Absatzfähigkeit als objektivierendes Abgrenzungsmerkmal	151
bbb)	Verbrauchssteuern als Sonderproblem	152
c)	Nachträgliche Herstellungskosten	154
aa)	Objektivierungsproblematik bei der Abgrenzung von Erhaltungsaufwand.....	154
bb)	Übertragung des finalen Herstellungsbegriffs auf nachgelagerte Umrüstungen als Ausprägung der wirtschaftlichen Betrachtungsweise.....	155
3.	Normative Reichweite und Systemkonformität eines handelsrechtlichen Komponentenansatzes	156
a)	Grundsatz der Einzelbewertung und objektivierte Vermögensermittlung.....	156
b)	Konzept des einheitlichen Nutzungs- und Funktionszusammenhangs	158
aa)	Problematik stringenter Abgrenzung des Vermögensgegenstands in der Rechtsprechung	158
aaa)	Kriterien zur Identifizierung selbstständiger Vermögensgegenstände.....	158
bbb)	Analyse der jüngeren Rechtsprechung.....	161
bb)	Zur Möglichkeit einer systemkonformen Differenzierung zwischen Ansatz- und Bewertungseinheit.....	163
aaa)	Figur des einheitlichen Nutzungs- und Funktionszusammenhangs als geltendes Bilanzrecht	163
bbb)	Vorsichtsbedingte Grenzen der Figur des einheitlichen Nutzungs- und Funktionszusammenhangs.....	164
c)	Zur Vereinbarkeit eines Komponentenansatzes mit dem geltenden Bilanzrecht	165
aa)	Normative Reichweite des IAS 16 bei der Auslegung handelsrechtlicher GoB	165

aaa)	Systematische Grenzen der rechtsvergleichenden Betrachtung	165
bbb)	Unvereinbarkeit des Komponentenansatzes des IAS 16 mit dem primären Bilanzzweck	166
bb)	Normative Reichweite des Komponentenansatzes des IDW ..	167
aaa)	Vorsichtsprinzip und periodengerechte Gewinnermittlung	167
bbb)	Objektivierungsbedingte Grenzen	169

Drittes Kapitel:

Die Zurechnung von Vermögensgegenständen

I.	Deduktion der Grundsätze wirtschaftlicher Vermögenszurechnung	173
1.	Grundsatz der Zurechnung in wirtschaftlicher Betrachtungsweise	173
a)	Konkretisierung der wirtschaftlichen Vermögenszurechnung im Spannungsfeld zwischen Substanz und Form	173
aa)	Handelsbilanzielle Zurechnung von Vermögensgegenständen	173
bb)	Bedeutung der Zivilrechtsstruktur bei der Vermögenszurechnung	175
aaa)	Indikatorfunktion des Zivilrechts	175
bbb)	Unentziehbarkeit aufgrund gesicherter Rechtspositionen	178
cc)	Die Bedeutung des wirtschaftlichen Eigentums in § 39 AO für die handelsbilanzielle Vermögenszurechnung	180
b)	Hinreichende Konkretisierung bei Vorliegen von „Substanz und Ertrag vollständig und auf Dauer“	186
aa)	Preisgefahrenübergang als Konkretisierung von „Substanz und Ertrag“	186
bb)	Konkretisierungen in der jüngeren Rechtsprechung	188
aaa)	Rechtsprechung zu Leasingverhältnissen mit Andienungsrechten als Beispiel für eine formalrechtliche Auslegung	188
bbb)	Rechtsprechung zu einem bloßen Durchgangserwerb als Beispiel für eine angemessene Berücksichtigung der wirtschaftlichen Betrachtungsweise	189
2.	Grundsatz der Beachtung des Prinzips des quasi-sicheren Anspruchs	191
a)	Konflikt zwischen Vermögens- und Gewinnermittlungsprinzipien ..	191
b)	Grenzen wirtschaftlicher Vermögenszurechnung als Gewinnausweiskriterium am Beispiel von wesentlichen Fallgruppen	192
aa)	Sale-and-lease-back-Gestaltungen ohne Übergang des unmittelbaren Besitzes	192
bb)	Kaufverträge mit Rückgaberechten	194
c)	Bedeutung der wirtschaftlichen Vermögenszurechnung für die Gewinnrealisierung am Beispiel von wesentlichen Fallgruppen	196
aa)	Grundstücksveräußerungen	196
bb)	Bürgerlich-rechtlich unwirksame Verträge	196

II.	Kritische Würdigung ausgewählter Aspekte der Reichweite wirtschaftlicher Vermögenszurechnung	198
1.	Reichweite der Zurechnungskriterien der Rechtsprechung	198
a)	Zurechnung bei der Bestellung von Sicherungsrechten	198
b)	Zurechnung finanzieller Vermögenswerte	199
aa)	Erwerb von GmbH-Anteilen	199
bb)	Wertpapierpensionsgeschäfte	201
2.	Reichweite der Vermögenszurechnungskonzeption im Kontext von Cum/Ex-Geschäften	204
a)	Orientierung der Rechtsprechung an der Rechtsfigur des wirtschaftlichen Eigentums	204
aa)	Unmöglichkeit des mehrfachen wirtschaftlichen Eigentums	204
bb)	Problematik des Besitzmerkmals im Sinne einer unentziehbaren Erwerbsposition	207
aaa)	Rechtsprechung zu vorteilhaften Andienungsrechten in Leasingsachverhalten	207
bbb)	Übertragung der Problematik bei Leasingsachverhalten mit Andienungsrechten auf die Rechtsprechung zu Cum/Ex-Sachverhalten	207
cc)	Problematik der Auslegung des Nutzenmerkmals im Sinne wesentlicher aktienspezifischer Rechte	208
b)	Anwendung der Döllerer-Formel auf Cum/Ex-Gestaltungen	209
aa)	Grundsätzliche Unmöglichkeit der mehrfachen Zurechnung eines Vermögensgegenstands	209
bb)	Problematik der Aufteilung von Substanz und Ertrag	210
cc)	Auslegung der Dauer-Komponente bei Cum/Ex-Geschäften	212
c)	Bedeutung der handelsrechtlichen GoB für die steuerbilanzielle Vermögenszurechnung im Rahmen von Cum/Ex-Geschäften	214
aa)	Die Figur des Gestaltungsmissbrauchs nach § 42 AO in Handels- und Steuerbilanz im Rahmen von Cum/Ex-Gestaltungen	214
bb)	Bedeutung der Rechtsprechung des EuGH für die Lösung der Zurechnungsentscheidung bei Cum/Ex-Gestaltungen	216
cc)	Lösung durch eine Orientierung an den handelsrechtlichen GoB	218
d)	Konkretisierung in wirtschaftlicher Betrachtungsweise durch Berücksichtigung intendierter Zwecke und zugrundeliegender Geschäftsmodelle	225
aa)	Interpretation der Substanz- und Ertragskomponenten unter Berücksichtigung intendierter Zwecksetzungen	225
bb)	Weite Auslegung des Vollständigkeitskriteriums durch das Abstellen auf Absichten des Managements	226

Thesenförmige Zusammenfassung	228
Verzeichnis abgekürzt zitierter Schriften	234
Verzeichnis zitierter Schriften	242
Verzeichnis zitierter Verlautbarungen von Fachnormsetzern	294
Verzeichnis zitierter Rechtsprechung	295
Verzeichnis zitierter amtlicher Drucksachen und ähnlicher Materialien	306
Verzeichnis zitierter Gesetze und ähnlicher Materialien	308
Sachregister	310